

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
abgelehnt
Eing.: 28. JUNI 2007
P.G.L. - 03246 - 2007 / 0001 - KBR / LAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat
Landesregierung und Stadtsenat



DIE GRÜNEN

BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG

18

Ar3

der Landtagsabgeordneten Ingrid Puller, Dr. Sigrid Pilz und DI Martin Margulies
(GRÜNE)
eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 28. Juni 2007
zu Post 9 der heutigen Tagesordnung
**betreffend NEIN zu geplanten Ausgliederungen und Abbau in der Verwaltung:
Jugendzahnklinik (Ausgliederung)**

BEGRÜNDUNG

Das Wiener Zuweisungsgesetz ist Rechtsgrundlage für die Zuweisung von Bediensteten der Stadt Wien für sämtliche zukünftige Ausgliederungen der Stadt Wien. Die politische Kontrolle durch den Landtag droht mittels dieser „Generalmächtigung“ daher in diesem Bereich endgültig verloren zu gehen. Es gibt aber viele Bereiche, die zwar nicht zur Hoheitsverwaltung zählen, wo es aber aus sozialen oder demokratiepolitischen Gründen sehr wichtig ist, dass die Aufgaben von der Gemeindeverwaltung wahrgenommen werden. Dazu zählen auch die Jugendzahnklinik und ihre Außenstellen.

Die unterzeichnenden Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag spricht sich gegen eine Ausgliederung der Jugendzahnklinik aus.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 28.6.2007